

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

18. Woche für die Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1894.

Posen, 7. Mai 1894.

Aus der Provinz Posen.

Aus Nr. 100 des Kuryer Poznański
vom 2. Mai:

Aufruf.

Die zweite Katholikenversammlung, welche wegen wichtiger Hinderungsgründe im Vorjahre nicht abgehalten werden konnte, findet, so Gott will, in Posen in den Tagen vom 4., 5. und 6. Juni d. Js. statt.

Die allgemeine Begeisterung, welche die erste auf unserem Boden in Thorn abgehaltene Hauptversammlung der (polnischen) Katholiken geweckt hat, die lebhafteste Betheiligung, deren sie sich seitens der Katholiken aus weit entfernten Landestheilen zu erfreuen hatte, berechtigen uns zu der bestimmten tröstlichen Erwartung, daß die Versammlung, welche in der Hauptstadt Großpolens unter Gottes Schutze und unter dem besonderen Segen des Oberhauptes unserer Kirche tagen soll, ebenso glänzend ausfallen und gleichfalls reiche Früchte bringen werde.

„Denn wo Zwei oder Drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen,“ — sagt unser Erlöser. (Matth. 18, 20). Diese Worte geben uns frohe Zuversicht. Wir wollen zusammen treten unter dem Zeichen des Kreuzes und unter der Standarte der erprobten Treue, welche die polnische Nation der katholischen Kirche und deren höchstem Oberhaupt auf Erden stets entgegengebracht hat.

Die näheren Einzelheiten des Programms der Versammlung werden in Kurzem veröffentlicht werden.

Posen, den 28. April 1894.

Das engere Komitee.

v. Chlapowski Kasimir, Kommissar der Versammlung. Prof. Wicherfiwicz, Vorsitzender. Propst Dr. Kubowicz, Kanonikus am Dom, I. Stellvertreter des Vorsitzenden. Stephan Cegielski, Kammerherr, II. Stellvertreter desselben. Dr. Kusztelan, Rendant. Dr. Rantekci, Schriftführer. Fürst Józef Czartoryski. Kanonikus v. Chaust Dr. W. Lebinski. St. Drlowski.

Das allgemeine Komitee.

(Folgen 298 Namen von Geistlichen und Personen der polnischen höheren Stände.)

Aus Nr. 99 des Dziennik Poznański
vom 1. Mai 1894:

Polnische Wählerversammlungen.

Ueber die am Sonnabend den 28. April in Mogilno abgehaltenen polnischen Wählerversammlungen

berichtet der Dziennik: Die erste Versammlung, welche von etwa 800 Personen besucht gewesen, wurde vom Herrn Stark aus Mogilno (Volkspartei) eröffnet, welcher dem Rechtsanwalt Moczynski aus Bromberg das Wort erteilte. Dieser sprach über die Wahlen im Allgemeinen und reichte daran eine Kritik der bisherigen Thätigkeit der polnischen Reichstagsabgeordneten. Hierauf bemühte sich der Sozialdemokrat Mikulski aus Posen das Wort zu ergreifen; dasselbe wurde ihm jedoch nicht erteilt, sondern er vielmehr aufgefordert, das Lokal zu verlassen, was er unter Protest auch that. Sodann wurde vom Herrn Stark die vom Wahlkomitee aufgestellte Kandidatenliste verlesen, welche folgende Namen enthielt: Czapla-Znowrazlaw, Rechtsanwalt Moczynski-Bromberg und J. Großmann-Znowrazlaw. Bemerkt wird, daß die Kandidatur des Herrn Moczynski ohne dessen Wissen und Willen aufgestellt worden sein soll. Nach Vorlesung dieser Liste las Herr von Rozanski-Padniewo eine zweite Kandidatenliste vor, welche folgende Namen enthielt: Geistlicher Wawrzyniak-Schrimm, v. Grabzki-Stotnik und Dr. Krzyminski-Znowrazlaw. Es erhoben sich Proteste, und da bei der Abstimmung mehr als drei Viertel der Anwesenden sich gegen die Stark'sche Kandidatenliste und damit gegen die Kandidatur Czapla erklärten, so wurde von deren Anhängern ein großer Lärm erhoben, der Herrn Stark Veranlassung gab, die Versammlung aufzulösen. Herr Stark berief dann eine zweite Versammlung auf 7 Uhr Abends und hielt kurz vorher eine Beratung mit den Komiteemitgliedern ab. Der Saal hatte sich inzwischen wieder gefüllt, Herr Stark zog es aber vor, denselben mit seinen Anhängern zu verlassen. Nunmehr wurde unter Vorsitz des Herrn von Rozanski die zweite Wählerversammlung abgehalten und von dieser folgende Kandidatenliste mit großer Majorität angenommen: Geistlicher Wawrzyniak, von Grabzki-Stotnik und Dr. Krzyminski. — Am Sonntag den 29. April fand eine polnische Wählerversammlung in Znowrazlaw unter Vorsitz des Herrn von Chzowski-Bonkowo statt, welcher zuerst die von der Mehrheit des Kreiswahlkomitees aufgestellte Kandidatenliste mit den Namen der Herren Czapla, Moczynski und Dr. Krzyminski und sodann die zweite vom Prälaten von Boninski empfohlene Kandidatenliste zur Verlesung brachte, welche die Namen: Wawrzyniak, von Grabzki und Dr. Krzyminski enthielt. Herr Czapla (Volkspartei) ergriff das Wort und erklärte, daß er eine vom Kreiswahlkomitee ihm angetragene Kandidatur nicht annehme, sondern nur eine ihm vom Volke angebotene. Trotzdem wolle er darauf verzichten, stelle jedoch folgende Kandidaten auf: Großmann-Znowrazlaw, Moczynski-Bromberg und Wirth Ciengotura. Hiergegen erhob sich lauter Protest. Bei der darauf folgenden Abstimmung

wurde die Kandidatenliste des Komitees abgelehnt, dagegen die von Poninski empfohlene Kandidatenliste (Wawrzyniak, v. Grabski und Dr. Krzyminski) mit bedeutender Mehrheit angenommen.

Der Dziennik konstatiert mit Genugthuung, daß die „nationale“ Partei d. h. die Hospartei sowohl in Mogilno wie in Inowrazlaw den Sieg davon getragen habe.

Der Goniec schreibt anlässlich der polnischen Wählerversammlungen in Mogilno und Inowrazlaw, daß der Abgeordneten-Kandidat für die Kujawier gewiß wohl der Geistliche Wawrzyniak sein werde. Der Goniec sei bisher ein Gegner dieser Kandidatur gewesen; mit dem Augenblicke jedoch, in welchem das Provinzialwahlkomitee den Beschluß zweier Kreise des Wahlbezirks bestätigte, werde es seine Pflicht sein, diese Kandidatur zu empfehlen.

Der Orendownik ergeht sich anlässlich des für die Volkspartei ungünstigen Ausfalls der polnischen Wählerversammlungen in Mogilno und Inowrazlaw in Angriffen gegen die polnische „Hospartei“. Das Blatt meint, einmal nenne diese Partei sich „die Verschönerungspartei“; jetzt aber, nach den kujawischen Wählerversammlungen, werde die Partei von allen ihren Blättern, wie auf Kommando „die nationale Partei“ genannt. In Bezug auf die Auflösung der Mogilnoer Versammlung erklärt der „Orendownik“, daß diese durch Herrn Stark lediglich aus Rücksicht auf die dort anwesenden Geistlichen vorgenommen worden sei.

Aus Nr. 97 des Kuryer Poznański
vom 28. April:

In Neustadt bei Pinne hat sich auf Anregung des Grafen Loncki-Ronin und des Patrons der polnischen Rustikalvereine, M. von Jackowski, ein neuer solcher Verein gegründet, dem bereits 85 Mitglieder beigetreten sind. Es ist dies der 174 derartige Verein, den der letztgenannte Herr in dem Großherzogthum ins Leben gerufen hat.

Aus derselben Nummer:

Das Posener Kosciuszko-Komitee veröffentlicht folgende Mittheilung:

Der unterzeichnete Vorstand des Posener Kosciuszko-Komitees giebt sich die Ehre, der geehrten Bürgerschaft hiesiger Stadt mitzuthemen, daß zu Zwecken der Feier 980,85 Mk. in die Kasse geflossen sind. Die Kosten der Feier betrugen 599,75 Mk. Von dem verbleibenden Reste von 380,83 Mk. haben wir im Sinne des vom Plenum des Komitees gefassten Beschlusses 150 Mk. zur Begründung eines zu unterrichtlichen Zwecken bestimmten sogenannten Kosciuszko-Fonds aus- geworfen, und der sodann verbleibende Restbetrag in Höhe von 230,83 Mk. soll zum Ankauf von Kosciuszko- brochüren, -Medaillen und -Bildern verwandt werden; die dazu bestimmt sind, unter das Volk und die Kinder vertheilt zu werden.

Im Namen des Komitees sagen wir der geehrten Bürgerschaft der Stadt Posen herzlichen Dank für die mit bekannter Opferwilligkeit aufgebrachten Beiträge und ebenso erkennen wir mit Dank die Thätigkeit der Herren Sammler an, welche keine Mühe scheuten und sich dem Einsammeln der Beiträge mit Eifer unterzogen.

(Unterschriften).

Aus Nr. 97 des Orendownik
vom 28. April:

In Jutroschin hat die Polizei die Kosciuszko-Feier und den damit zu verbindenden Ausflug in die fürstlich Czartoryski'sche Forst untersagt. Der Fürst hat sich, wie der Dziennik schreibt, beschwerdeführend an den Landrath gewendet, doch vergeblich, jetzt wird er Schritte beim Oberpräsidenten thun. Wenn der Fürst die Erlaubniß nicht erlangt, dann wird er mit Rücksicht — auf die öffentliche Sicherheit — sowohl dem Land- wehrverein, als auch dem Jagdclub als auch jedem anderen deutschen Verein den Aufenthalt in seinem Forst untersagen.

Aus Nr. 98 des Kuryer Poznański
vom 29. April:

Betrifft den Kosciuszko-Fonds.

Gestern fand eine Sitzung des Vorstandes des Posener Kosciuszko-Komitees statt, dem von Seiten des Komitees der Antrag geworden war, sich mit der Sammlung eines Kosciuszko-Fonds zu befassen. Diese Sammlung soll sich über sämtliche unter preussischem Scepter befindlichen polnischen Landestheile und auch auf die polnischen Emigranten erstrecken. Die Zinsen dieses zu sammelnden Fonds sollen zur unterricht- lichen Ausbildung in erster Linie von Bauernsöhnen verwendet werden. Der Vorstand des Komitees hat beschlossen, in dieser Angelegenheit einen Aufruf an die polnische Volksgesamtheit zu erlassen, der von dem Komitee und von in dasselbe berufenen Bürgern aller Städte und Kreise des Großherzogthums, West- und Ostpreußens, Ermlands, Schlesiens und der Gegenden, wo polnische Emigranten leben, unter- zeichnet werden wird, um das Polenthum anzuregen, zu dem obengenannten Zwecke beizusteuern. Das Komitee verfügt bereits über eine für diesen Zweck ausgeworfene Summe von 300 Mark.

Im Auftrage
Fr. Krysiak, Schriftführer des Komitees.

Aus Nr. 97 des Goniec wielkopolski
vom 28. April 1894:

Betrifft die Landwirthschaftskammern.

Ad usum des Herrn von Koscielski und seiner polnischen Fraktionsfreunde in Berlin, sowie noch für die wenigen Anhänger desselben in Großpolen und Westpreußen wiederholen wir absichtlich hier die Worte, welche der Herr Minister v. Heyden am Mittwoch fallen ließ, nämlich: „die Polen sollten uns dankbar sein, daß wir den Unterricht im Deutschen, das doch Geschäftssprache in der Provinz ist, zu heben suchen.“ Diese Worte sind doch nichts Anderes, als eine Vervollständigung der Erklärung Ministers Boffe: „die ganze Hand bekommen Sie nie.“ Im Monat März sagte derselbe ausdrücklich, daß der polnische Privatprachunterricht hauptsächlich deshalb aufgehoben worden sei, um der Verdeutschung unter die Arme zu greifen und gab ferner die kategorische Erklärung, daß etwaige weitere Wünsche der Polen nicht erfüllt werden würden. So sprechen preussische Minister, unsere versöhnlichen Abgeordneten aber stellen dies geradezu in Abrede und belügen die polnische Gesellschaft, indem sie ihren Wählern mit unerhörtem Cynismus versichern, daß jenes Rescript ein Zeichen der Wohlthat der preussischen Regierung und ihres Wohlwollens den Polen gegenüber sei!

Die Geschichte wird diese Lügen verzeichnen. Doch nicht darum geht es uns. Gelegentlich der Beratungen über den Antrag, betreffend die Bildung von Landwirthschaftskammern, hörten wir einige polenfeindliche, kreuzritterliche Stimmen, wie z. B. diejenigen der Abgeordneten v. Tiedemann, v. Zedlitz, Graf Limburg, v. Kardorff und Sattler. Eine andere Tonart sind wir bei diesen Herren nicht gewöhnt und wir erwarten auch keine andere, denn das kreuzritterliche Geschlecht ist unbeugsam und konsequent. Was uns jedoch schmerzlich berührt, das ist die traurige Erscheinung, daß der Einfluß des Herrn v. Koscielski auf die polnische Fraktion noch nicht ganz beseitigt ist. Für die Bestätigung dieser Worte haben wir die Erklärung der Abgeordneten Motty und Mizerski. Der geehrte Herr Fraktionsvorsitzende hat unnöthigerweise von einem Staatsinteresse und vom konservativen polnischen Elemente gesprochen. Hierzu hatte derselbe doch wohl keinen Auftrag erhalten.

Der Abg. Dr. Mizerski hat aber noch Schlimmeres gethan, da er geradezu von den Polen als von einer staaterhaltenden Partei gesprochen hat. Das durfte und darf er nicht thun, so lange den Polen die ihnen durch den Wiener Vertrag zugesicherten Rechte von Preußen nicht zugestanden werden. Herr Dr. Mizerski beging ferner den Fehler, daß er der konservativen Partei versicherte, die Polen seien ihres Vertrauens werth. Solche Worte dürfen von den polnischen Sitzen nicht fallen, wir protestiren deshalb Namens der Anhänger der traditionellen polnischen Politik, deren Schöpfer die Liebelt, Miegolewski, Gieszkowski, Taczanowski u. A. waren, entschieden gegen die Aeußerungen der Herren Motty und Mizerski. Uns Polen ist es nicht erlaubt, die genau bezeichneten Grenzen der Pflicht gegen das polnische Vaterland zu übertreten, denn jeder Schritt über diese Grenzen hinaus führt zu Scham und Schande, zur Schwäche und zum Verderben.

Aus Nr. 96 des Wielkopolanin
vom 27. April:

Betrifft den polnischen Sprachunterricht.

Es kommen Fälle vor, daß die Herren Kreis-Schulinspektoren Termine festsetzen, über welche hinaus Anträge der Eltern auf Ertheilung des polnischen Unterrichts nicht mehr angenommen werden. So veröffentlicht das Samter'sche Kreisblatt eine Verfügung des dortigen Kreis-Schulinspektors Dr. Baier an die Lehrer des Aufsichtskreises desselben, wonach die Eltern von Kindern, welche polnischen Unterricht erhalten sollen, diesbezügliche Anträge bis zum 1. Mai d. Js. zu stellen haben. Sollen Anträge, die nach dem gedachten Zeitpunkt einlaufen, keine Berücksichtigung finden? Im Gegentheil, sie müssen berücksichtigt werden, da der Herr Minister hierfür in seinem Erlasse keinen Termin festgesetzt hat und untergeordnete Schulbehörden aus eigener Machtvollkommenheit nichts in das Rescript hineinbringen dürfen.

In Jersitz ist zu Zwecken des polnischen Unterrichts eine Stunde angesetzt worden, die sonst zur Einübung von Kirchenliedern bestimmt war. Da jedoch der Erlaß des Herrn Ministers vom 16. März besagt, daß der Religionsunterricht nicht verkürzt werden dürfe, so steht mit Sicherheit zu erwarten, daß es den ferneren Bemühungen der Jersitzer Familienväter gelingen werde, diesen von der Mißgunst der unteren Schulaufsichtsbehörden diktierten

Schritt rückgängig zu machen und auszuwirken, daß für den polnischen Unterricht Schönschreib- oder Zeichenstunde geopfert werden.

Aus Nr. 96 des Ogedownik
vom 27. April:

Der polnische Unterricht

hat in Posen begonnen; in welchem Maaß, das ist schwer festzustellen. Nicht selten nimmt man Veranlassung, polnische Kinder mit deutschen Namen vom polnischen Unterricht zurückzuweisen. Das geschieht, wie der Dziennik poznański mittheilt, auch in Jersitz.

Der traurigste Umstand, der dem bekannten Erlaß den Stempel aufdrückt, ist der, daß der Vater oder Vormund einen schriftlichen oder mündlichen Antrag stellen müssen, wenn ihr Kind zum polnischen Unterricht zugelassen werden soll. In Massen wandert das Volk in die weite Welt, um den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen; und hier soll der Vater oft mehrere Kilometer weit zur Schule oder zum Lehrer laufen, da er doch nicht zur Feder greifen kann und mag. Und wie oft wird der Lehrer nicht daheim angetroffen.

Wenn es dem Minister darum ging, zu verhindern, daß Kinder mit deutschen Namen nicht polonisiert würden, so hätte er das doch in deutlicherer Form zum Ausdruck bringen können, etwa in der: „Alle Kinder mit polnischen Namen haben polnischen Unterricht zu erhalten, da es sich um den Religionsunterricht, um den Kampf gegen die Einflüsse des Sozialismus handelt; bei polnischen Kindern mit deutschen Namen haben die Eltern entsprechende Anträge zu stellen.“ Doch den polnischen Unterricht grundsätzlich von den Anträgen der Eltern abhängig zu machen, daß ist zu viel verlangt angesichts des Kampfes, den heut die niederen Volksklassen um den Bissen Brot zu führen haben.

Einer der Kreis-Schulinspektoren soll verfügt haben, daß die Anträge bis zum 1. Mai eingereicht sein müßten. Soll das heißen, daß der Erlaß des Herrn Ministers mit Bezug auf diejenigen Kinder, für welche bis zu diesem Datum kein Antrag gestellt worden ist, die Geltung verliere?

Aus andern Gegenden des Großherzogthums ist nichts vom polnischen Unterricht zu hören. Wir deuten uns diese Erscheinung dahin, daß die Eltern dem Ministerialerlaß keine Bedeutung beimessen und es nicht glauben mögen, daß man ihren Kindern hier in der That etwas dem Religionsunterricht Förderliches biete.

Heut theilt man uns aus Jarotschin mit, daß dort den Schülern noch nichts bezüglich des polnischen Unterrichts mitgetheilt worden sei. Darum verlegen sich die Eltern überhaupt nicht aufs Warten, sondern unterrichten ihre Kinder selbst, so weit sie dessen fähig sind im polnischen Lesen. Was anderwärts geschieht, darüber berichten die Blätter nichts. Und selbst wenn dies der Fall sein würde, so wäre es doch verfehlt, die Fürsorge um den polnischen Unterricht, als das Mittel zu einer besseren religiösen Erziehung der Jugend und zur Stärkung der Bevölkerung im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokraten — auf Zeitungsmitteltheilungen zu basiren.

Hierzu bedarf es anderer Bürgschaften. In erster Linie hätten die Geistlichen und deren obere Behörde die Pflicht, im Interesse der religiösen Erziehung der Jugend auf den Plan zu treten. Es fällt uns nicht ein, Vorschriften machen zu wollen, was seitens der genannten Faktoren geschehen müsse, da dieselben für diese Sache Verständnis haben. Doch gestatten wir uns nur die eine Bemerkung im polnischen und

katholischen Interesse, daß diejenigen Geistlichen, welche im Kampfe gegen die Volkspartei sich an die Spitze unsrer Gegner stellen, sich weit mehr um die polnisch-katholische Sache und in sozialer Beziehung um die preußische Monarchie verdient machen würden, wenn sie gegenüber dem neuen Erlaß des Ministers dieselbe oder auch nur einen Theil der Energie aufwenden wollten, die sie der Volkspartei gegenüber zeigen.

Wir sind ferner der Ansicht, daß das Vorgehen der Geistlichkeit in der von uns erwünschten Richtung hin nichts an der Sache ändern würde. Man muß sehr naiv sein, um zu glauben, daß der polnische Unterricht seitens der Regierung im Interesse der religiösen Durchbildung der Jugend und der Bekämpfung des Sozialismus zugestanden worden sei.

„Der polnische Unterricht“ — das war die Etiquette für die Politik der polnischen Reichstagsfraktion, das war das Banner, unter welchem diese unsre Vertreter ihre Stimme für die Militärvorlage und für das Projekt der Tabakbesteuerung abgaben, das war der Köder, mit dem Herr von Koscielski unsre biedereren Abgeordneten ins Garn lockte. Auch diese Verlocken trifft ein Theil der Schuld, weil sie sich durch den Köder fette machen ließen. Das polnische Volk fühlt instinktiv, daß man ihm dieselbe Rolle zugedacht habe, und es machte heizzeiten halt. Und dennoch wundern sich die Anhänger der Hoppolitik heute wiederum, daß man in Rußwien nichts von der Kandidatur Wawrzyniak hören mag. Sie begreifen nicht, daß dieser Priester, dessen bürgerliche Verdienste wir nicht im mindesten zu bestreiten beabsichtigen, als der Mauerbrecher angesehen werden muß, dessen man sich bedienen will, um die Volksbewegung lahm zu legen.

Und doch giebt diese Volksbewegung die einzige Bürgschaft, daß nicht allein das Volk, sondern auch das, was man bei uns nicht für Volk hält, sich nicht fördern lassen werde durch „den polnischen Unterricht“, der bei uns heute ein Modeartikel und weiter nichts Anderes ist. Nur die Volksbewegung kann heut dem Volke den Glauben und die Kraft geben, den Unterricht in der Muttersprache selbst in die Hand zu nehmen.

Wo die Behörden den polnischen Unterricht zur Einführung bringen, da wollen wir ihn ausnützen und unsre Kinder dazu anhalten, doch dabei nicht vergessen, daß das polnische Haus für das polnische Kind in dieser Beziehung die eigentliche Bildungsstätte sein muß.

Aus Nr. 95 des Dziennik Poznański
vom 26. April 1894:

Kürzung in der Praxis des Oberpräsidial- und Ministerialerlasses.

Zerßig b. Posen, den 24. April.

Nach gründlicher Prüfung und Feststellung kam der Herr Oberpräsident zu der Ueberzeugung, daß der den polnischen Schülern in der Mittellstufe der hiesigen Schule in deutscher Sprache ertheilte Religionsunterricht nicht den gewünschten Erfolg habe und ordnete daher an, daß in diesem Lehrgegenstande in den dritten und vierten Klassen polnisch unterrichtet werden solle. Dem Oberpräsidenten war es, wie wir annehmen, nicht darum zu thun, durch seinen Erlaß zur Hebung der religiösen Erziehung einer gewissen Kategorie polnischer Schüler der Mittellstufe beizutragen, und deshalb finden wir auch in jenem Erlaß keine Erwähnung irgend welcher Ausnahmen. Alle polnischen Schüler der vorerwähnten Klassen, welche zu Hause polnisch beten und deren Eltern den Gottesdienst in der St. Adalbertkirche besuchen, haben, ohne

Rücksicht auf ihren Namen, das Recht, den Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erhalten. Der Name hat nämlich mit der religiösen Erziehung nichts gemein. So und nicht anders müßten alle Behörden die Sache auffassen. In der hiesigen Schule hat man sich jedoch nach dem Willen des Oberpräsidenten nicht gerichtet. Heute ist nämlich eine Anzahl polnischer Schüler der Mittellstufe aus dem Grunde als nicht der polnischen Nationalität angehörig bezeichnet worden, weil dieselben deutsche Namen führen oder weil der Familienname ihrer Mütter deutschen Anklang hat. Diese ausgeschlossenen Kinder sollen den Religionsunterricht zusammen mit den deutschen Kindern in der deutschen Sprache erhalten; auf sie soll sich der Oberpräsidialerlaß nicht beziehen. Und doch sind sie der religiösen Erziehung in dem Grade bedürftig, wie die übrigen polnischen Kinder. Die Ueberzeugung des Oberpräsidenten, der deutsche Religionsunterricht bringe diesen Kindern nicht den gehörigen Nutzen, ließ man unbeachtet und behielt lediglich deren Germanisirung im Auge. Doch damit ist es noch nicht genug.

Die Folge des in der Mittellstufe in polnischer Sprache ertheilten Religionsunterrichts ist laut Ministerialerlaß die Einführung des polnischen Sprachunterrichts. Mit schwerem Herzen mußte man sich danach auch in der hiesigen Schule richten; doch wurden die hierbei durch den Ministerialerlaß gezogenen Grenzen in auffallender Weise eingeschränkt, indem für den polnischen Sprachunterricht nur eine Stunde wöchentlich bestimmt wurde. Auf welcher Grundlage dies geschehen ist, ist schwer zu errathen, denn nur in den Schulen mit halbtägigem Unterricht sollte dieser Unterricht auf eine Stunde beschränkt werden, in den Schulen dagegen mit vollem Unterricht sollen die polnischen Kinder in zwei Stunden polnisch lesen und schreiben lernen. Es müßten daher auch hier zwei Stunden wöchentlich für den polnischen Sprachunterricht in den Stundenplan eingestellt werden. Die hiesige Schule ist eine siebenklassige, sie hat daher noch mehr Klassen, als die Posener Freischulen; für jeden Gegenstand ist eine normale Anzahl von Stunden bestimmt, es war daher keine begründete Ursache vorhanden, den polnischen Sprachunterricht auf eine Stunde zu beschränken.

Die Absicht, welche der Ausschließung einer größeren Anzahl polnischer Kinder von der Theiligung an dem in polnischer Sprache ertheilten Religionsunterricht und der Herabsetzung des polnischen Sprachunterrichts auf eine Stunde wöchentlich zu Grunde lag, kam noch auf eine andere, nicht minder grelle Weise zum Vorschein. Zwecks Erlangung nämlich für den polnischen Lese- und Schreibunterricht bestimmten einen Stunde wurde weder der Unterricht im Zeichnen, noch im Schönschreiben, noch ein anderer durch den Ministerialerlaß bestimmter Gegenstand gekürzt, sondern die fünfte, durch den Dekan Wolinski auf Grund des Landrechts für das Einüben polnischer Kirchenlieder erkämpfte Stunde aufgehoben. Der Minister hat aber in seinem Erlaß vom 16. März ausdrücklich bestimmt, daß die Religionsstunden zwecks Erlangung der nöthigen Zeit für den polnischen Sprachunterricht nicht gekürzt werden sollen. Hier in Zerßig wurde also bewiesen, wie sich die unteren Schulbehörden in der Praxis nach den Anordnungen höherer Instanzen richten. So kann es nicht bleiben.

Gestützt auf den Erlaß des Oberpräsidenten und denjenigen des Ministers vom 16. März d. Js. beantragen wir:

- 1) daß ausnahmslos alle Kinder polnischer Nationalität, welche zu Hause polnisch beten und den Gottesdienst in der St. Adalbertkirche besuchen, gleichviel welchen Namen dieselben führen, zum polnischen Religionsunterricht zugelassen werden;
- 2) daß der polnische Sprachunterricht in zwei Stunden wöchentlich ertheilt werde;
- 3) daß die fünfte, zur Uebung polnischer Kirchenlieder bestimmte Religionsstunde wiederhergestellt

und in den Stundenplan wieder aufgenommen werde, für den polnischen Sprachunterricht aber andere Gegenstände gekürzt werden.

Da sich bis jetzt nur wenige Kinder für den polnischen Sprachunterricht gemeldet haben, erinnern wir die polnischen Eltern, welche in den dritten und vierten Klassen der hiesigen Schule ihre Kinder haben, dieselben unverzüglich für diesen Unterricht anzumelden.

Aus Nr. 97 des Dziennik Poznański
vom 28. April 1894:

Betrifft den polnischen Sprachunterricht

Der Dziennik poznański erhielt aus St. Lazarus bei Posen die Nachricht, daß das Gesuch der dortigen polnischen Hausväter um Aufnahme des polnischen Sprach- und polnischen Religionsunterrichts in den Schulplan von der Königl. Regierung abschlägig beschieden worden sei. In Posen und in Jersiz ist der polnische Sprachunterricht eingeführt worden, in dem angrenzenden St. Lazarus aber soll dies nicht geschehen! Weshalb? Bestehen denn hier ganz veränderte Verhältnisse? Wo ist da die Gerechtigkeit?

Die Familienväter wollen sich bei der abschlägigen Antwort der Posener Regierung nicht beruhigen, sondern sich binnen Kurzem an das Ministerium, und sollte auch dort ihre aufrichtige Bitte nicht berücksichtigt werden, an das preussische Abgeordnetenhaus wenden.

Wenn wir auch auf diesem Wege nichts erreichen sollten, dann müssen wir durch häuslichen Unterricht die Lücke ausfüllen, welche die Schule uns für unser Geld auszufüllen versagt. Wir können doch nicht zugeben, daß 120 polnische Kinder der sittlichen Verwilderung preisgegeben werden und ohne die elementarsten Grundlagen der Religion bleiben.

Aus Nr. 100 des Kuryer Poznański
vom 2. Mai 1894:

Den polnischen Unterricht betreffend.

Angeichts der sich ohne Aufhören wiederholenden Klagen über die Hindernisse, welche untergeordnete Schulbehörden (von den Schulinspektoren angefangen) den polnischen Kindern bereiten, um die Zulassung derselben zum polnischen Unterricht zu vereiteln, können wir nur den Weg der persönlichen Beschwerde durch alle Instanzen empfehlen. Da diesem Unterricht nur diejenigen Schüler zugetheilt zu werden pflegen, welche auf der Mittelstufe polnischen Religionsunterricht erhalten, müssen alle Eltern, deren Kinder trotz ihrer polnischen Herkunft bisher deutschen Religionsunterricht erhalten haben, zunächst fordern, daß von nun an in diesem Unterricht mit Bezug auf ihre Kinder die Muttersprache in Anwendung gebracht werde. Die gebildeten und die höheren Stände im Allgemeinen werden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie in dieser Angelegenheit den niederen Bevölkerungsklassen zu Hülfe kommen und ein wachsames Auge haben, daß Jedermann seiner Pflicht gerecht werde.

Von vielen Seiten her vernehmen wir, daß unsere Schulbehörden als letzten Termin, bis zu welchem nur Anträge auf Zulassung der Kinder zum polnischen Unterricht entgegengenommen werden sollen, den letzten April angesetzt haben. Möge sich Niemand dadurch vor der Anmeldung seiner Kinder abschrecken lassen, wenn dies bis dahin unterlassen worden sein sollte. Sollte man nicht geneigt sein, dem Antrage Folge zu leisten, so steht dem Betreffenden ja der Weg der Beschwerde offen, und es steht zu erwarten, daß die höheren Behörden besser über die Intentionen des Herrn Ministers unterrichtet sein werden.

Aus der Provinz Westpreußen.

Aus Nr. 49 der Gazeta Gdanska
vom 28. April.

Szczodrowo in Westpr.

Der hiesige zweite Lehrer Engler, ein Protestant, geht im Dorfe von Haus zu Haus und sammelt Unterschriften für eine Petition an den Bundesrath gegen die Rückberufung der Jesuiten. Ich frage, ob eine solche Thätigkeit zum Amte des Lehrers gehört, besonders wenn derselbe, wie Herr Engler, an einer katholischen Schule angestellt ist.

Aus Nr. 98 der Gazeta Torunska
vom 29. April.

Die Gazeta Torunska ist erstaunt darüber, daß den polnischen Familienvätern in St. Lazarus bei Posen das vorbehaltene werde, was die Regierung neulich denen in Jersiz zugestanden habe, obgleich die Verhältnisse an beiden Orten die gleichen seien. Sie giebt ihrem Unmuth in folgenden Aeußerungen Ausdruck:

„Bei diesen Betrachtungen kommt Einem Manches in den Sinn, was während der letzten Wochen zum Vorschein gekommen ist: Polnischen Versammlungen werden seitens der Polizei Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Ausweisung von Arbeitern, die aus Rußisch-Polen herübergekommen sind, beginnt von Neuem. Sogar kleine Kinder trifft dies Loos. Als man im Abgeordnetenhause ein neues Ausnahmegesetz für die Polen im Posenschen beehrte, meinte der Minister, die Regierung sehe zwar die Nothwendigkeit hierfür nicht ein, habe jedoch schließlich nichts dagegen einzuwenden. Sollte also der neue Kurs noch eine speziell für die Polen zugeschnittene Seitenströmung erhalten? Und wäre dies der Fall, welchem Umstande müßte man dies zuschreiben? Hat die Regierung das Zutrauen zu unserm neuen Kurs verloren und sollten die polenfeindlichen Kundgebungen nicht ein Fingerzeig für diejenigen von uns sein, die sich gegenseitig an die Köpfe kriegen? Einkehr, und zwar schleunige, thut dringend noth!“

Aus Nr. 50 der Gazeta Gdanska
vom 1. Mai.

Wir haben aus Schwetz einen Brief mit der Bitte erhalten, die Absendung einer Bittschrift anzuregen, mittelst welcher die Bevölkerung ganz Westpreußens sich, wenn nöthig sogar an den König selbst mit dem Ansuchen wende, daß in unseren Schulen beim Religionsunterricht die Muttersprache gebraucht und die Jugend im polnischen Lesen und Schreiben unterwiesen werde. Entgegengesetztenfalls möge man unsere Kinder überhaupt von der Theilnahme am deutschen Religionsunterricht befreien. Wir müßten den Religionsunterricht selbst im Hause in die Hand nehmen, da die Schüler gegenwärtig nach langjährigem Schulbesuch keinen Begriff von Glauben und Sitte haben und die Lehrer sie für jedes falsch ausgesprochene deutsche Wort strafen. Jetzt eben ist ein neuer derartiger Fall vorgekommen, der bezeugt, wie unmenschlich die Lehrer mit den Kindern umgehen. Die jetzt herrschenden Schulverhältnisse treiben die armen polnischen Eltern zu Verzweiflung.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 32 der Gazeta Opolska
vom 14. April 1894:

Großpolnischer Agitator.

Auch ich war in Krakau und zwar aus dem Grunde, weil ich mich von ganzer Seele als ein Pole fühle und weil ein so wichtiger Augenblick, wie die Kosciuszko-Feier es war, bei uns nicht würdig begangen wurde. Ich bin von unseren „Klugen“, d. h. internationalisirten Renegaten, ausgelacht worden, ja die noch mehr „Gebildeten“ nannten mich hinterücks einen großpolnischen Agitator u. s. w. Darauf kann ich nur Folgendes erwidern.

Ich bin von Geburt aus und aus Ueberzeugung ein Pole und wenn ich für die polnische Sache, für die Sache meines unterdrückten Volkes eintrete, so ist dies doch mein heiliges, unantastbares Recht, welches Jedem zusteht. Ich schäme mich der Bezeichnung eines „großpolnischen Agitators“ durchaus nicht und ich werde mich bemühen, dieses Titels auch würdig zu sein und ihn thatsächlich auch zu verdienen. Die Deutschen agitiren ja für Bismarck, für den Handelsvertrag mit Rußland oder für die Heeresvermehrung, weshalb — frage ich — sollte es mir nicht erlaubt sein, für das Polenthum und zu Gunsten meiner unterdrückten Brüder zu agitiren?!

Ich habe mich meinen Verpflichtungen dem Könige und dem Staate gegenüber niemals entzogen, um so weniger aber will ich auf die Pflichten, welche ich meinem theuren Volke gegenüber habe, verzichten. Heutzutage ist es Pflicht eines jeden Polen, zu Gunsten des Polenthums zu agitiren und ich beschwöre Euch, Brüder, entziehet Euch dieser heiligen Pflicht nicht! Jeden, der in dieser Beziehung faunfelig oder bei der Agitation träge ist, müßt Ihr mit allen erlaubten Mitteln — deren es unzählige giebt — zur polnisch-patriotischen Arbeit zwingen.

Aus Nr. 4 des Przegląd Poznański
vom 22. April 1894:

Aus Polnisch-Schlesien.

Kreuzburg, 16. April.

Es ist nur Ausermählten gegeben, das geschlossene Vorgehen eines Volkes vorauszusehen, und Niemand kann die schließlichen Folgen eines solchen Dranges nach vorwärts im voraus berechnen. Vermuthungen und Annahmen, — das ist alles, wozu sich der Einzelne aufzuschwingen vermag. Auch bei uns macht sich im gegenwärtigen Augenblicke ein solcher Drang nach vorwärts, ein geschlossenes Streben der Bevölkerung bemerkbar. Wohin uns diese Erscheinung führen mag, das kann Niemand sagen: doch glauben wir Alle, auf welche diese Bewegung heut einwirkt und die wir umgekehrt auf jene Bewegung einwirken, heilig daran, daß wir dadurch vorwärts kommen werden.

Ein gleiches Streben nehmen wir in dem am meisten bedrückten Kongresspolen wahr, wo ebenfalls der jüngere Nachwuchs die bisherige Form des Sichdrückens und einer gewissen apathischen Unbeweglichkeit in nationaler Beziehung aufgiebt, und unter Habsburgischer Herrschaft hat man, was in der Natur der Verhältnisse liegt, augenscheinlich bereits die ersten Schritte nach der gedachten Richtung hin gethan.

Diese Bewegung, dies Streben nach vorwärts hat auch unsern jüngsten Bruderstamm, — die Schlesiern ergriffen, hier verschließen die Deutschen ihre Augen gewaltsam vor offenkundigen Thatfachen und schwärzen von einem sogenannten Oberschlesien, während diese

veraltete Eintheilung schon längst derjenigen in Polnisch- und Deutsch-Schlesien Platz gemacht hat und immer mehr Platz macht.

Was dies neu entdeckte Polnisch-Schlesien betrifft, so herrschen in dieser Beziehung viele so verschiedenartige und sich widersprechende Begriffe, daß es sowohl den Großpolen als auch den Deutschen schwerfällt, sich in diesem Labyrinth mit irgendwelcher Befriedigung zurecht zu finden. In Wirklichkeit klärt dagegen die oben angeführte Eintheilung in Polnisch- und Deutsch-Schlesien Alles auf, wenn man tiefer in die Natur der Sache eindringt.

Nicht allein ganz Schlesien als Landfläche ist in ein deutsches und ein polnisches Gebiet getheilt, sondern man könnte auch die Mehrheit der Bewohner in diese zwei Rubriken bringen, so daß es manchmal auch dem Kundigsten schwerfallen würde zu enträthseln, wen er vor sich habe. Wir haben einerseits als erstes Extrem die eifrigsten Kulturträger im Geschmacke der Rzesnißel, sowie es uns andererseits nicht an Patrioten in des Wortes schönster Bedeutung mangelt. Die Ersteren sind gleichwohl wie überall so auch hier obenauf, da das Ehre, Verdienst und Geld einbringt. Dafür sind die andern versteckt wie Veilchen im Grase, und es ist schwer, sie aufzufinden. Das weite, hier sehr ausgedehnte Gebiet zwischen beiden Extremen nimmt eine schwer unterscheidbare, graue Masse ein, für gewöhnlich „Schlesier“ genannt, die jedoch in Wirklichkeit selbst nicht weiß, wohin sie gehört. In diesen Kreisen spricht man unter sich polnisch, mit Anderen und in der Oeffentlichkeit deutsch; der Kirche gegenüber bewahren diese Leute aufrichtige Anhänglichkeit; sie gehorchen der Priesterchaft blind, sind aber in jeder andern Beziehung gleichgültig bis ins Mark hinein.

Bis zu den Zeiten des Kulturkampfes machte das Deutschtum grauenhafte Fortschritte und der gesammten Generation jener Zeit drohte völlige Germanisirung. Neuerdings ist eine gewisse Abspannung eingetreten, und die Deutschen schlagen Alarm, indem sie Alles der großpolnischen Agitation aufs Kerbholz setzen.

Ha! Nichts leichter, als diese zwei oder drei großpolnischen Heher ins Loch zu sperren; — ein Grund ist ja inbetracht des hier so arg bedrohten deutschen Staates leicht zu finden! Dadurch würden wohl einzelne Persönlichkeiten geschädigt, doch dürfte sich dies Mittel nicht eignen, damit die polnische Sache todt zu machen; im Gegentheil sie wird dadurch gefräftigt. Das wissen selbst die maßgebenden Kreise ebenso gut, daß der Schwerpunkt der polnischen Sache in Schlesien tiefer liegt, als in der Agitation; darum senden sie gegen das Polenthum Ritter vom Schlage des Kurver aus, um einen Keil durch den anderen zu treiben. Der Kurver Gornoszlonzki ist jene Macht. Er fiel mit dem ganzen Aufgebot des Deutschtums, diesmal des katholischen, in einer Stärke von dreißig deutschen und verdeutschten Geistlichen, die sich als Komitee organisiert hatten, über das arme polnische Volk her, um dasselbe mittelst dessen eigener Waffe, der Sprache, aufs Haupt zu schlagen, und es davor zurück zu halten, daß es sich als Glied des Polenthums, als mit Leib und Seele dem Polenthum zugehörig erkläre! Der oberste Führer in diesem Kreuzzuge ist zugleich der eigentliche Repräsentant seiner Partei. Er hält seinen Parochianen polnische Reden gegen das Polenthum, um sie als „Schlesier“ zu erhalten, wozu sie nach der Ansicht dieses Herrn Gott geschaffen habe.

Die polnische Partei endlich stellt sich je nach Ort und Umständen verschiedenartig dar. Der „Katolik“, das älteste Blatt, ist noch unentschieden, wie und womit er sich hervorhuthen soll; er prahlt augenblicklich mit den Worten eines seiner Abonnenten, die in einer Wählerversammlung gefallen sind, wo es sich darum handelte, wen man zum Abgeordneten wählen solle, Major Szmulka, den verdienstesten Schlesier oder den Grafen Ballestrem, unseren „verdienstesten“ Feind. Es hatte nämlich bei der in Rede stehenden Gelegen-

heit ein Bergmann die berühmte Aeußerung gethan: „Alle würden wählen, wie es der „Katolik“ anordne, entweder Diesen oder Jenen.“ Der durch dies Vertrauen geehrte Katolik beschloß, keine Steine auf den Weg des Friedens zu werfen und empfahl die Wahl des Grafen Ballestrem, des Polenfeindes.

Die Gazeta Opolska entfaltet eine unerhört umsichtige und vorsichtige Thätigkeit. Möglich daß ihr Verhalten in gewissem Sinne übertrieben ist; doch wird sie, sei es wie es sei, ihrer Pflicht ehrlich und mit Verstandniß gerecht.

Wenn es wahr ist, daß man ein Verdienst nach dem dabei gebrachten Opfer beurtheilen müsse, dann würde das Hauptverdienst um das Polenthum in Schlessien den Nowiny Raciborskie zufallen, deren Redakteur in kurzer Zeit viel Gerichtskosten gezahlt hat und der von den Behörden „der Altmeister der Zünngung der polnischen Zeitungsschreiber“ genannt wird, da er lange Monate im Gefängniß zugebracht hat.

Die Thätigkeit der Nowiny zeitigt mehr Früchte und wird in der Zukunft einen noch reichlicheren Ertrag liefern, als andere Zeitschriften. Die Bevölkerung um Ratibor ist verhältnißmäßig politisch gereift, wozu die Nachbarschaft der wackeren Ozechen nicht wenig beigetragen hat. Sie hat zum Theil bewirkt, daß die Tüchtigkeit der Bevölkerung gewissermaßen sich verdichtet hat, und daß der Mangel an Zahl durch die Qualität der Streiter wett gemacht wird. Wer vor einem Jahre ihre feurigen Worte gehört, ihre kernigen Ausdrücke und Geistes wahrgenommen hat, der kann wohl sagen, daß, wenn sich irgend ein polnischer Schlesier zum Führer aufschwingt, dies in Ratibor sein müsse. Wir wollen abwarten. Das polnische Volk wird hier zum zweiten Male einen eigenen Kandidaten — vergebens aufstellen, beim dritten Male wird die Probe gelingen, dafür bürgte ich. Es wird dies das Zeichen sein, daß die bisherigen polnischen Schlesier zu schlesischen Polen herangereift sind, und daß Schlessien die nächste Kosciuszkofeier für sich begehrt wird, nicht wie diesmal im Geheimen, sondern offen und unter zahlreicher Betheiligung.

Aus Nr. 18 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 1. Mai 1894:

Beschwerden der Bergarbeiter.

Zakęze.

Vor 25 Jahren war in den Walz- und Puddelwerken, in welchen Eisen gewonnen wird, eine ganz andere Arbeitsordnung. Vom Sonnabend zum Sonntag arbeitete die Nachtschicht bis 12 Uhr Nachts, jetzt arbeitet dieselbe bis 6 Uhr früh, dann müssen noch die Defen in Stand gesetzt werden, was noch zwei Stunden Zeit in Anspruch nimmt. Diese Arbeit muß noch unentgeltlich gemacht werden, dafür giebt es keine Bezahlung. Vor 25 Jahren wurde vom Sonntag zum Montag um 12 bzw. um 1 Uhr Nachts gefeuert und um 6 Uhr früh mit der Arbeit begonnen, jetzt wird um 10 Uhr Sonntags Abends angefeuert und um 2, spätestens um 4 Uhr nach Mitternacht zu arbeiten begonnen. Für den dritten Arbeiter macht das 20, für den zweiten und ersten Arbeiter 16 bzw. 14 Stunden Arbeit aus. Die Maurer setzten erst nach der Vesperandacht die Defen in Stand, es hatte daher jeder, ob er Nacht- oder Tageschicht hatte, Gelegenheit zum Kirchenbesuch. Jeder konnte seiner Pflicht als katholischer Christ nachkommen und den Sonntagsgottesdienst besuchen, das Volk war damals auch gottesfürchtiger. Heute kann der im Werk arbeitende Maurer kaum viermal im Jahr in die Kirche gehen, denn es wird schon um 7 Uhr früh

mit der Arbeit begonnen und ich weiß nicht, ob sie während der zwei Stunden des Hauptgottesdienstes frei haben. Früher spielten die Herren eben solche Rolle, wie jetzt, sie wurden nicht bankerott, und es würde auch heute gehen, es gehört nur guter Wille dazu und die Erfüllung dessen, was Gott eingerichtet hat: Du sollst den Feiertag heiligen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 46 des Wiarus Polski
vom 26. April:

Der seitens der Staatsanwaltschaft in Bochum gegen den Redakteur des Wiarus wegen Veröffentlichung des Aufrufs des Krakauer Kosciuszko-Komitees angestregte Prozeß kam am 23. d. Mts. vor der Strafkammer daselbst zum Austrage. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Wiarus giebt den Verlauf der Verhandlung wieder und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Eine allzu enge Freundschaft mit der Polizei und Staatsanwaltschaft ist für ein Arbeiterblatt, wie es der Wiarus Polski sein will, nicht angebracht. Darum haben wir uns auch nie um eine solche Freundschaft bemüht. Wir waren jedoch der Meinung, daß die Sicherheitsorgane als solche uns wohlwollend gegenüberstehen müßten, da wir unsere Politik auf die göttlichen Gebote und die Verfassung des deutschen Reiches und des preussischen Staates stützen. Wir wunderten uns deshalb nicht wenig, daß dem nicht so ist, sondern daß wir vielmehr in dem Verdachte stehen, als huldigten wir bilderstürmerischen Tendenzen, als begehrten wir eine blutige Revolution heraufzubeschwören, um ein nationales Polen wiedererstehen zu machen. Und auf welche Grundlage gründete sich dieser Verdacht? Nun, wir veröffentlichten in Nr. 20 unseres Blattes den Aufruf des Krakauer Kosciuszko-Komitees, der folgenden Worlaut hat: (Folgt der Aufruf“ sowie eine Darstellung des Verlaufs der Prozeßverhandlungen).

Nach kurzer Berathung verkündigte der Vorsitzende des Gerichtshofes das Urtheil, welches den Angeklagten von Schuld und Strafe freisprach, mit der Begründung, daß der fragliche Aufruf nicht zu Gewaltthätigkeiten auffordere. Das Wiedererstehen Polens könne auch auf andre Weise, als durch Blutvergießen erfolgen.

So endete der Prozeß, auf den sich das Sprichwort anwenden ließe: „Viel Geschrei und wenig Wolle“. Der Staatsanwalt fuhr grobe Geschüße gegen den Wiarus auf, doch verstand er das Schießen nicht, da es dem Angeklagten leicht fiel, ohne wesentliche Vorkehrungen den Angriff zurückzuweisen. Ob die Anstrengung von so wenig begründeten Prozeßen, wie es der erste gegen den Wiarus gerichtete ist, dem Staate zum Nutzen gereicht, das ist nicht unser Kummer. Wir erlauben uns jedoch an die Organe der öffentlichen Sicherheit die sehr ergebene Frage zu richten, was wohl den gesellschaftlichen Frieden in Westfalen mehr bedrohe; die Weckung des nationalen Geistes und die Verbreitung der Kenntniß der Geschichte und der Heldenthaten des Polenthums unter der polnischen Arbeiterschaft, was sich sehr wohl mit der preussischen Verfassung in Einklang setzen läßt, oder das Preisgeben unsrer Landsleute an die Sozialdemokratie. Letzteres tritt unbedingt ein, wenn man dem Unglauben und der Germanisation, oder besser gesagt, dem Entnationalisirungssystem freien Lauf läßt, da doch Niemand im Ernste daran glauben wird, daß ein geborener Pole sich als Deutscher fühlen

könne. Die polnischen Arbeiter in der Fremde bleiben entweder Nationalpolen oder sie verfallen der internationalen Sozialdemokratie. Zu Deutschen wird Niemand die Polen umzuwandeln vermögen“.

Aus Nr. 47 des Wiarus Polski
vom 28. April:

An die sächsischen Landsleute!

Wir bitten die Landsleute, Geduld zu üben. Wenngleich kein polnischer Seelforger angestellt worden ist, so ist doch dadurch Ersatz geschaffen, daß des polnischen kundige Missionare dorthin kommen, Beichte hören und polnisch predigen werden. Niemand kann die ferneren Bemühungen um ständige polnische Seelforge tadeln. Der Vorsatz, einen besonderen Verein zu gründen, dessen Aufgabe es sein soll, in diesem Sinne zu wirken, kann nur gelobt werden. Wir wollen gern dabei behülflich sein und auch andererseits ist Euch Eurem Wunsche gemäß Unterstützung zugesichert worden.

Aus den sozialdemokratischen Blättern.

Aus Nr. 17 der Gazeta Robotnicza
vom 28. April 1894:

Aus Krotoschin.

Sozialdemokratisches.

Der sozialdemokratische Gedanke macht bei uns langsame aber stetige Fortschritte; derselbe ist erst vor zwei Jahren hier, und nur vereinzelt, zum Vorschein gekommen. Heute zeigt er sich bei jedem intelligenteren Arbeiter, wir haben hier sogar schon unter den Nichtarbeitern Anhänger. Wenn dieselben noch nicht öffentlich auftreten, so geschieht dies mit Rücksicht auf ihre Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren, wie z. B. die der Studenten von ihren Eltern, der kleinen Handwerksmeister von ihrer geistlich-adeligen Rundschaft u. s. w. Gebildetere Arbeiter sind jedoch nicht in solcher Anzahl vorhanden, daß die vorhin Erwähnten sich auf dieselben verlassen könnten. Am schlimmsten ist für uns das, daß wir unsere Kräfte und Stärke nicht kennen und unsere Grundsätze den breiteren Arbeiterschichten nicht mittheilen können, weil uns ein Raum fehlt, in welchem wir unsere Versammlungen abhalten könnten. Das einzige Mittel, dessen wir uns bei der Agitation bedienen, bildet die Zeitung, zuweilen auch Aufrufe, doch auch damit begegnen wir Schwierigkeiten, denn erstens sind dieselben nicht in genügender Anzahl vorhanden, weil der geringe Verdienst für das Bestellgeld nicht reicht und zweitens haben wir hier nur wenige solche Arbeiter, welche wissen, daß das Lesen dem Menschen ein Lebensbedürfnis ist.

Wir wundern uns auch gar nicht, daß den Arbeitern das Lesebedürfnis unbekannt ist, wenn der Arbeitstag in der Ziegelei der Gebr. Robinski von fünf Uhr früh bis acht Uhr Abends dauert. Und auf den Vorwerken arbeiten die Leute noch länger, sie haben daher am Tage auch nicht einen Augenblick Zeit, um irgend eine Zeitschrift in die Hand zu nehmen, in der Nacht aber, wenn sie nach Hause zurückkehren, sind sie so müde, daß sie die Augen nicht aufhalten können und gleich einschlafen. Unter

solchen Umständen lebende Arbeiter könnten dreist die Frage aufstellen, wozu eigentlich der Schulzwang besteht, wenn sie als Arbeiter von ihren erworbenen Schulkenntnissen keinen Gebrauch machen können.

Unter günstigeren Verhältnissen leben die Knechte auf den Dörfern, dieselben haben mehr freie Zeit und es kommt daher oftmals vor, daß sie Zeitungen lesen. Obwohl sie antisozialistische Blätter lesen, so werden sie doch mit dem Treiben der großen Welt bekannt, wodurch sich in ihnen ein selbstständiges Urtheil über Politik bildet.

In der Gegend von Krotoschin z. B., in Ludo-grzewo, Gorzupia, Pol. Wjazd, Smorzewo u. s. w. sind viele Bauern wahre Sozialdemokraten, sie sind jedoch durch die Geistlichen und die Herren gegen die Sozialdemokratie so voreingenommen, daß sie, wenn man das Wort „Sozialdemokratie“ ausspricht, sich weigern, über dieselbe sich in ein Gespräch einzulassen.

Alle diese Voreingenommenheiten und Hindernisse werden dann ein Ende erreichen, wenn wir ein eigenes Versammlungslokal besitzen werden, wozu in nächster Zeit Aussicht vorhanden ist. Dann werden wir, wenn nicht mit der Schrift, so mit dem Wort die so schwer Belasteten und so schlecht über uns Informirten belehren, daß sie nur in dem Sozialismus Erleichterung und Glück finden können.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 14 des Kraj
vom 8/20. April 1894:

Der Einfluß des mit Deutschland geschlossenen Handelsvertrages auf Bergbau und Hüttenwesen.

Das war der Gegenstand eines Referates, welches am verflossenen Freitag, den 1. April, im hiesigen Klub der Bergingenieure seitens des Bergingenieurs Herrn Wlad. Zukowski gehalten wurde. Das ist ein sehr zeitgemäßes Thema, da von den zahlreichen Zweigen der heimischen Industrie der Steinkohlenbergbau und das Hüttenwesen durch die im Handelsvertrage festgesetzten Zollherabsetzungen am empfindlichsten getroffen schienen. Es ist zu bedauern, daß die Fülle des Inhalts, die Unmenge auf gegebene zahlreiche statistische Uebersichten gestützter Kombinationen und Schlüsse keine erschöpfende Wiedergabe des äußerst interessanten Referats gestatten. Ohne Zweifel wird dasselbe durch Druck veröffentlicht werden; ehe dies jedoch geschieht, dürfte eine wenn auch nur beiläufige Bemerkung über den Inhalt des Vortrages und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen mit Bezug auf diejenigen Leser des Kraj, welche sich mit wirthschaftlichen Fragen überhaupt und mit solchen, welche Bergbau und Hüttenwesen betreffen, im Besonderen befassen, nicht überflüssig sein.

Nachdem der Referent in einem kernigen Vorwort den allgemeinen Charakter und die ökonomische Tragweite des Handelsvertrages gekennzeichnet, faßte er seine Aufgabe kurz in die Frage, ob die von ihm, dem Referenten bis auf die letzten Monate des Vorjahres fortgeführten statistischen Darstellungen des Professors Wendelesjew betreffend das Anwachsen der heimischen Produktion und den Rückgang des ausländischen Imports unter dem Einfluß des Handels-

vertrages kein anderes Bild annehmen und er kündigte an, daß er von dem weiten Gebiete des Bergwesens, mit dem die Industrie im Allgemeinen hinsichtlich der Ausdehnung verglichen werden könne, sich ein engbegrenztes Thema zur Besprechung wählen werde, und zwar den Bergbau und das Hüttenwesen. Um die Frage zu beantworten, welchen Einfluß die in den Handelsverträgen vorgesehenen Herabsetzungen der betreffenden Zölle auf diese Zweige der heimischen Industrie ausüben könnten, zeigte der Vortragende vor Allem an der Hand einer tabellarischen Zusammenstellung der Zolltarifpositionen der Jahre 1887, 1891 und des Handelsvertrages, welche Aenderung bezüglich der Steinkohlen und verschiedener roher oder bearbeiteter Hüttenprodukte eingetreten sei. Nachdem der Referent hierauf bei jeder einzelnen Position den Einfluß des bisherigen Zollsatzes auf das Verhältniß zwischen inländischer Produktion und ausländischem Import klargelegt und daraus auf den wahrscheinlichen Einfluß der nunmehr niedrigeren Zollsätze geschlossen hatte, folgerte er, daß die Zollherabsetzung für viele Erzeugnisse zu geringfügig sei, als daß sie auf die entsprechenden Zweige der heimischen Industrie einen nachtheiligen Einfluß ausüben könnte, daß ferner die mehr ins Gewicht fallenden Zollermäßigungen vorwiegend bisher schwach entwickelte Produktionszweige betreffen und daß in dieser Beziehung eigentlich nur, drei Positionen eine Ausnahme machten. Dies seien: Steinkohlen, Erze, Eisen und Stahl in mehr oder weniger rohem Zustande, und hier hätten die Zollermäßigungen zweifellos eine größere Bedeutung. Der Vortrag des Referenten befaßte sich in seinem weiteren Verlauf ausschließlich mit der Steinkohlenförderung und der Eisengewinnung, wobei hauptsächlich darauf Nachdruck gelegt wurde, welchen Einfluß die Herabsetzung der Zölle auf die quantitative Entwicklung dieser heimischen Produktionszweige ausüben könne.

Beginnend mit dem Steinkohlenzoll, der für die westliche Landgrenze von 2 auf 1 Kopeke Gold pro Pud ermäßigt worden ist, kennzeichnete Herr Z. die wirthschaftlichen Verhältnisse, unter welchen die Kohlenbergwerke im Dombrowski'schen Becken, also diejenigen Bergwerke arbeiten müssen, welche als Nachbarn des schlesischen Kohlenreviers vor Allem mit der Konkurrenz der deutschen Kohle zu rechnen haben. Nachdem sodann der Referent die quantitative Bedeutung des schlesischen Kohlenbergbaues und die dort herrschende Organisation des Kohlenhandels, der in den Händen einiger weniger Hände ruht, einer Erörterung unterzogen hatte, kam er zu dem Schlusse, daß inbetracht des fast einheitlichen Durchschnittspreises der Kohlen des schlesischen und des Dombrowski'schen Reviers und der größeren Heizkraft der ersteren der Zoll von 1 Kopek Gold pro Pud unter gewissen Verhältnissen des Steinkohlenmarktes die Ausföhrung der Absicht des schlesischen Kohlen-syndikats, ein bedeutendes Quantum der dortigen Kohlen ins Königreich Polen zu exportiren, auf kein ernsthaftes Hinderniß stoßen werde. Unter Zuhülfenahme verschiedenseitiger Vergleiche gelangte der Vortragende zu der Annahme, daß dies Quantum jährlich 30 Millionen Pud betragen dürfte, was eine Verringerung der Kohlenförderung im Dombrowski'schen Revier oder aber wenigstens eine Hemmung in der Weiterentwicklung dieser Kohlenbergwerke herbeiföhren könnte. Doch gab Herr Z. zu bedenken, daß die Möglichkeit dieser Zufuhr und die thatsächliche Bewirkung derselben zwei Dinge verschiedenartiger Natur seien, da der Import von vielen Umständen abhängt, die nicht voraussehen seien. Auch hob der Referent hervor, daß man russischerseits von den Differenz-zöllen auf Kohle hätte Abstand nehmen und den Zoll für alle Grenzen ohne Unterschied hätte gleichstellen müssen, indem man ja auch gegen die deutschen

Differenzzölle auf Getreide Einspruch erhoben habe Ueberdies sei der Zollsatz von 1 Kopek Gold nur bis Jahre 1898 gültig, was man sich bei den Verhandlungen vorbehalten habe.

Ebenso ist der Zoll für Erze mit Bezug auf die westliche Landgrenze von 35 auf 30 Kopeken Gold also auf denselben Satz ermäßigt worden, der für auf dem Wasserwege für importirtes Erz erhoben wurde. Dieser Zollsatz soll ebenfalls vor dem Jahre 1898 keine Erhöhung erfahren. Die Zollherabsetzung, welche die bisherige Differenz in der Verzollung von Erz beseitigt, ist übrigens im Verhältniß zu diesem Material unbedeutend, da dasselbe im Vergleich zu Eisen und Stahl immerhin noch hoch verzollt werden muß, wodurch die Thätigkeit derjenigen Hüttenwerke eingeschränkt wird, welche importirtes Erz zu Eisen und Stahl verarbeiten. Auf diesem Gebiet ist also die durch den Handelsvertrag herbeigeföhrt Aenderung nicht auffällig. Dafür hat der für den Hüttenbetrieb im Königreich Polen unermäßigt gebliebene Zoll von 50 Kopeken Gold auf Eisenmangan eine große Bedeutung, da dies Hilfsmaterial aus dem Auslande bezogen werden muß, weil sich die Zufuhr desselben aus dem Innern des Zarenreichs zu theuer stellen würde. Unter diesen Verhältnissen hatte man deutscherseits keine Veranlassung eine Herabsetzung dieses Zolles zu fordern.

Es bleibt also noch Eisen und Stahl in mehr oder weniger rohem Zustande, darunter Eisenbahnschienen. Bei diesen Positionen verweilte der Referent längere Zeit, da hier die Zollherabsetzung 10 Kopeken Gold (50 statt 60) pro Pud Eisen und Stahl in halbbearbeitetem und gewaltem Zustande und 20 Kopeken Gold (65 statt 85 und 80 statt 100) pro Pud Eisen und Stahlblech ausmacht. Diese Zollermäßigung ist schwerwiegend in Betracht der Thatsache, daß Eisen und Stahl im Verhältniß zu ihrem Preise weniger hoch zu verzollen sind, als Erz. Der Vortragende zog den Einfluß in Erwägung, welchen diese Zollermäßigung auf die Thätigkeit der Eisenhütten im Westen, Süden und Norden des Reiches ausüben könne und hob mit Hülfe entsprechender vergleichender Zusammenstellungen hervor, welchen kräftigen Aufschwung diese Hütten unter dem Einfluß des Zolltarifs vom Jahre 1891 genommen hätten und wie zahlreich bei denselben die von Seiten der Regierung und der Bahnverwaltungen einlaufenden Bestellungen gewesen seien. Indem Herr Z. diese kraftvolle Entwicklung mit dem Stande des ausländischen Hüttenwesens verglich, das während der letztverfloßenen Jahre nicht gerade blühend genannt werden könne, gelangte er zu der Annahme, daß ein bemerkenswerther Druck des ausländischen auf den heimischen Hüttenbetrieb zu erwarten stehe. Dieser Druck werde fürs Erste in dem der westlichen Landesgrenze zunächst gelegenen Gebiet empfunden werden und sich späterhin wohl im Süden des Zarenreichs bemerkbar machen. Diese Annahme bestätigte der Referent auf Grund an der Quelle eingezogener neuester Mittheilungen wonach das Ausland bereits begonnen habe zu importiren und damit die Preise im Inlande zu drücken. Ferner betonte er, daß seine Bemerkungen sich hauptsächlich auf die quantitative Seite des Steinkohlenbergbaus und des Eisenhüttenbetriebs bezögen und äußerte die Ansicht, daß man aus dem Umstande, daß die vorgesehenen Zollermäßigungen der auswärtigen Industrie den Wettbewerb mit der unsrigen erleichtern dürften, nicht schließen könne, daß die nothwendige Folge die Hemmung der so erwünschten quantitativen Entwicklung dieser beiden heimischen Industriezweige sein müsse. Denn auf diesem Gebiet könne die Konkurrenz des Auslandes wieder ausgeglichen oder wesentlich abgeschwächt werden mit Hülfe verschiedenartiger wirthschaftlicher Maßregeln, die in betracht des russischen Staatssystems vollständig in der Hand der Regierung liegen. (Regierungsseitige und Aufträge der Eisen-

bahnen, Herabsetzung der Frachttarife u. s. w.) Es unterliegt übrigens keinem Zweifel und es sind neuerdings bereits Beweise dafür gegeben worden, daß die betreffenden Regierungskreise es in dieser Beziehung nicht werden an Wohlwollen fehlen lassen. Die Auffuchung von wirthschaftlichen Gegenmitteln und das Stellen entsprechender Anträge bilden daher gegenwärtig für die Vertreter des heimischen Bergbaus und Hüttenwesens ein Feld ausgedehnter Thätigkeit.

Das Referat des Herrn Z. wurde seitens der Hörer mit warmer Anerkennung aufgenommen. Es rief jedoch innerhalb der Versammlung keine umfangreichere Diskussion hervor, weil Herr Z. außer der erschöpfenden Kennzeichnung des Einflusses, den der Handelsvertrag mit Deutschland auf den Steinkohlenbergbau und das Hüttenwesen ausüben dürfte, nur in groben Umrissen ein Programm davon entworfen hatte, welche entsprechenden Gegenmittel zu Gunsten der heimischen Industrie aufzusuchen und anzuwenden seien. So wurde deshalb nach einigen Ausführungen solcher Herren, die im Referate nichts zu hören bekommen hatten, was sie ausschließlich angegangen wäre oder was sich mit ihren eigenen Ansichten gedeckt hätte, die Diskussion mit dem Wunsche geschlossen, daß man sich nicht damit begnügen möge, die möglichen nachtheiligen Folgen des Handelsvertrages in Erfahrung zu bringen, sondern daß man so schnell wie möglich Mittel zur Abhülfe aufzufinden sich bestrebe, was die Aufgabe des hiesigen, aus Vertretern aller Bergbezirke bestehenden Bureaus für das Hüttenwesen sein müßte.

Aus Nr. 94 der Nowa Reforma
vom 26. April 1894:

Ratibor, den 23. April.

Gerüchtweise verlautet, daß Vorbereitungen zu verschiedenen Aenderungen in der Centrumspartei getroffen werden, daß sich die Breslauer Matadore genauer über unsere Verhältnisse informiren ließen und eine neue Taktik beginnen wollen. Wir erwarteten eine Erneuerung des Kampfes und thatsächlich ist uns auch bereits der Fehdehandschuh hingeworfen worden. Die Sache verhält sich folgendermaßen.

Das schlesische Volk und seine Anführer erklärten zwar offen, daß Schlesien, gleich Großpolen und Westpreußen, Polen zu Abgeordneten wählen werde, um jegliche Zweifel bezüglich seines polnischen Charakters zu beseitigen. Die in Schlesien erscheinenden polnischen Blätter unterstützten auch, die einen dreister, die anderen vorsichtiger, diese Bewegung, keines derselben hatte jedoch so viel Muth, um offen zu erklären, was das Volk wolle, nämlich den Bruch mit den Verhältnissen des Centrums, welches unser gefährlichster Gegner war und bleiben wird.

Obwohl das Volk offen seine nationale Politik und seine Selbstständigkeit kundgab, obwohl eine diesbezügliche Wendung schon vor einigen Jahren entschieden hätte erfolgen können, so ist dies doch mit Rücksicht auf das Centrum unterblieben. Man entschuldigte sich mit angeblich hochpolitischen Rücksichten, man sagte, die richtige Zeit sei noch nicht gekommen und aufgeschoben sei noch nicht aufgehoben u. s. w.

Unsere Runktatoren erkannten leider zu spät, daß es einen solchen günstigen Augenblick gegeben habe, daß das schlesische Volk, welches im Beuthener Kreise für Schmula stimmte, zu der Aktion im

nationalen Geiste vollständig vorbereitet war. Bekanntlich rekrutiren sich die schlesischen Redakteure aus Großpolen, wo die Verhältnisse ganz anders liegen; es ist daher kein Wunder, daß sie nicht begreifen, wie das schlesische Volk, welches seit Jahrhunderten in einer größeren Selbstständigkeit, als irgend ein anderes polnisches Volk erzogen ist, gegebenenfalls seine Selbstständigkeit zu bethätigen versteht. Daher kommt das Uebel, welches diese unglückseligen Folgen hatte. Wir sehen jetzt, daß dasselbe zu immer größerem Mißverständniß führt, und daß wir zur Zeit jeglichen Ausweg verloren haben.

Es wäre jedoch übertrieben und ein Zeichen unbegründeten Pessimismus, wollten wir für unsere Zukunft besorgt sein oder an dem Schicksal des Kampfes zweifeln, welcher mit unserem Siege enden muß.

Wenn einerseits Mängel vorhanden sind, wenn wir in Bezug auf die Fähigkeit des schnelleren Orientirens, der Entschiedenheit und politischen Intelligenz noch zurückstehen, so werden andererseits diese Mängel durch die eiserne Ausdauer des schlesischen Bauers, durch seinen Glauben, seine Energie und Standhaftigkeit reichlich aufgehoben. Schlesien befindet sich dadurch in einer noch glücklicheren Lage wie Großpolen, da die nationale Sache sich dort auf das Volk stützt, und deshalb auch so fest und unerschütterlich dasteht. Die deutschen Katholiken, vielmehr die Renegaten, denn eigentliche Deutsche giebt es in Schlesien nur einen kleinen Prozentsatz, haben den Kampf gegen uns von Neuem begonnen. Sie erfuhren, welchen niederdrückenden Eindruck die preußenfreundliche Politik der polnischen Fraktion in Berlin auf das polnische Volk gemacht hat, sie merkten auch, welchen großen Fehler ein Theil der polnischen Presse in Schlesien begangen hat. Ein polnisches Blatt kämpfte während der letzten Wahlen zu unvorsichtig unter der Losung: „Fort mit den größeren Steuern, wer für die Steuern ist, ist ein Volksverräther!“ Hierin lag die unglückselige Politik, daß wir nicht offen bekennen, wohin wir streben, das Aufgeben der mächtigsten Waffe, welche wir hier besitzen, nämlich des Sprechens bezw. Auftretens im Namen des Polenthums. Und durch dieses Maskiren der nationalen Losungen durch ökonomische erwies man der Sache einen wahren Bärendienst, denn diese „Volksverräther“, welche für die Steuern stimmten, waren gerade die . . . polnischen Abgeordneten.

Es ist Thatsache, daß die Kunde von dem Stimmen polnischer Abgeordneten für die Heeresvermehrung die Schlesier wie ein Donnereschlag traf. Die schlesischen Blätter, anstatt die Lage durch Hinweis auf die Volksbewegung in Großpolen, welche das Verhalten ihrer Abgeordneten mißbilligte, zu retten, griffen zu der Politik des Straußes, welcher den Kopf im Sande verbirgt. Die Schlesier erfuhren dies erst Alles genauer aus den deutschen Blättern und aus dem Kurjer gornojzonski. — Die hiesigen Renegaten haben ein neues Wahlkomitee gegründet. Nachdem sie die Fehler des alten Komitees erkannt, welches in seinem fanatischen Haß gegen uns zu weit ging, will es angeblich zwischen den Renegaten und den Polen vermitteln. Es ist jedoch dem Komitee nicht gelungen, einflußreiche Personen aus unserem Lager zu gewinnen. Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß sich zu unseren Ungunsten nichts ändern werde.

Redigirt von Zacher, Polizeirath.

Königlicher Polizei-Präsident
von Nathusius.